

FORUM



Foto scannen und die Bilder des Tages anschauen

Wie das geht, lesen Sie unten auf dieser Seite.



GENAUER BETRACHTET

Über die Wupper

Sechs Wochen mussten die Wuppertaler auf sie verzichten, doch nun fährt sie wieder, die weltberühmte, über 100 Jahre alte, unter Denkmalschutz stehende Schwebbahn. Das 13,3 Kilometer lange, dem Flusslauf folgende Band gilt als Wahrzeichen der Stadt, natürlich nicht mythisch überhöht wie der Eiffelturm, doch ebenso sinnstiftend. Ein Ende kann man sich trotz hoher Instandhaltungskosten (seegrüner Lack, Nachtinstallationen) und diverser Unfälle nicht vorstellen. Was würde dann aus der Stadt, wenn die täglich 80.000 schwebenden Bürger die großmächtige Vogelperspektive verlören? „Schienenersatzverkehr“ ist die totale Kapitulation. AS

LESERBRIEFE

Wie war es denn sonst?

Zu: „Fragwürdige Manöver“ vom 29. November

Die Diskussion über die Mitgliederbefragung der SPD zum Koalitionsvertrag ist schon sehr merkwürdig – hat denn früher jemals ein Hahn danach gekräht, wie die Entscheidung für oder gegen eine Koalition und über eine Koalitionsvereinbarung letztlich zustande gekommen ist? Weder bei der – bei beiden Partnern – äußerst umstrittenen ersten sozialliberalen Koalition von 1969 noch bei der von Anfang an geplanten schwarz-gelben Koalition von 2009 wurde nach einer Legitimation gefragt. Ob ein ratloser Parteivorsitzender zu später Stunde nach dem dritten Glas Rotwein eine Münze geworfen hat, ob Aussichten auf Ministerposten den Ausschlag für die Zustimmung von Mitgliedern des Parteivorstandes zur Koalition gegeben haben – nie wurde die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit infrage gestellt. Und da soll es plötzlich fragwürdig sein, wenn ein Parteivorstand seine Basis befragt?

Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Heilmann, Berlin

Schlau oder feige?

Zu: „Fragwürdige Manöver“ vom 29. November

Thomas Schmid schreibt in seinem Kommentar, „schlau und mutig“ sei es, wenn Sigmar Gabriel vor Eintritt in die Koalition hierzu die SPD-Mitglieder befragen würde. Man könnte es allerdings auch feige nennen. Angenommen, die SPD-Mitglieder lehnen die Regierungsbeteiligung ab. In Gabriels Rücktrittsrede wird dann zu hören sein: „Ihr, Genossen, wolltet es doch so!“

Peter Berger, Heiligenhaus

Mit Trauerrand

Zu: „Wahl verloren, GroKo gewonnen“ und „Deutschland ist kein Vorbild für Europa mehr“ vom 28. November

Sieben Seiten „Welt“ beschreiben zwölf Wochen nach der Wahl die Befindlichkeiten einer Regierungsbildung, in der eine zusätzliche parteiinterne Abstimmung die Angst der Führung einer schwachen SPD vor der eigenen Entscheidung demokratisch kaschiert. Ulf Poschardt stellt zu Recht fest, dass „Deutschland kein Vorbild für Europa mehr“ ist, weil die noch amtierende und wahrscheinlich zukünftige Bundeskanzlerin mit ihrer sozialisierten CDU zum Gefallen ihres Volkes Wohlstand verwaltet und SPD sowie Gewerkschaften dabei tatkräftig helfen. Alle gehen davon aus, dass Wirtschafts- und Finanzboom mindestens die nächste Legislaturperiode anhalten. Es gibt

keine strategische, die junge Generation mitreißende Zielrichtung für deren Zukunft, für die Ideen, Leistung und Einsatz abgefordert werden müssen. Der Themenkatalog erscheint selbst mit einer Vielzahl ausgeglichter Ansagen noch anspruchsvoll, doch liest man nur bekannte Politfloskeln; die Vision für eine nationale und europäische Zukunft ist nicht einmal zu ahnen. Die Politik verwaltet, und das Volk funktioniert, das war und bleibt der Regierungsstil. Den gedruckten Trauerrand um die „Kopfnote“ mit Ludwig Erhard könnte man um diesen ganzen Koalitionszirkus legen, in dem die politische Führung von heute es nicht geschafft hat, mutig die wirklichen Schwerpunkte für unsere Zukunft zu bestimmen.

Siegfried F. Storbeck, Hamburg

Um es offen zu sagen: Mit dem Kommentar von Ulf Poschardt sollten sich die Unterzeichner des vorläufigen Koalitionsvertrages, also Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel, befassen. Auf den Punkt gebracht, spiegelt er die derzeitige unklare und damit nicht zu durchschauende Linie der uns bevorstehenden großen Koalition wider. Führung hat keiner gezeigt, weil man ja Kompromisse einzugehen hatte. Aber spannend bleibt es in den nächsten Tagen weiter: Wie werden die SPD-Mitglieder zum Koalitionsvertrag abstimmen? Und da ist auch noch die Frage, wer wohl dem Kabinett in welcher Ministerposition angehören wird. Oder gibt es doch eine Regierung mit den Bündnis-Grünen oder gar Neuwahlen ...?

Jens Stöbe, Leipzig

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71608, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

So erleben Sie die interaktive Zeitung

- Laden Sie sich „Die Welt“-App für Ihr Gerät im Apple App-Store oder im Google Play Store herunter.
- Halten Sie in der Zeitung Ausschau nach Bildern oder Anzeigen mit diesem Scan-Symbol:
- Starten Sie die App und wählen Sie die Scan-Funktion. Halten Sie Ihr Smartphone oder iPad über ein Bild oder eine Anzeige mit

Scan-Symbol. Erfassen Sie das gesamte Bild- oder Anzeigenmotiv. Viel Spaß beim Entdecken in Ihrer interaktiven Zeitung. Bei Fragen schreiben Sie eine E-Mail an digital@welt.de

Hinweis: Als Nicht-Abonnent können Sie die App 30 Tage lang uneingeschränkt testen. Als Käufer von Einzelausgaben können Sie die Scan-Funktion ebenfalls nutzen – auch nach Ablauf der 30 Tage. Die interaktiven Inhalte stehen Ihnen immer bis 4 Uhr des Folgetages zur Verfügung.

ESSAY

Paradoxe Parallelen

Die USA und der Iran haben innenpolitisch einiges gemeinsam – genau wie Barack Obama und Hassan Ruhani. Vielleicht ergibt sich daraus eine Lösung im Atomstreit

STEPHAN RICHTER

Kommt es zu einer Tauperiode im iranisch-amerikanischen Verhältnis? Die Gespräche über das iranische Atomprogramm lassen die Hoffnung keimen. Doch selbst ein außenpolitischer Verhandlungserfolg könnte in beiden Ländern auf innenpolitischer Bühne rüde zerpfückt werden. Vor zu großen Erwartungen sei daher gewarnt – zu sehr beharren die Konservativen in beiden Ländern darauf, ihre Feindschaft weiter zu pflegen.

Im Iran hat sich unterhalb der politischen Ebene in der jüngeren Vergangenheit viel getan. Das alte Feindbild USA bröckelt. Es wird in der Gesellschaft immer schwerer vermittelbar. Viele jüngere Iraner hegen durchaus Sympathien für die Amerikaner und deren Demokratie. Gerade für die wachsende Gruppe der jungen Städter haben die Vereinigten Staaten große Anziehungskraft. Bei aller Feindseligkeit, die noch immer die offizielle Linie prägt, ist überdies bemerkenswert, wie viele politische Gemeinsamkeiten beide Länder besitzen. Dies gilt insbesondere für die innenpolitischen Herausforderungen, die nicht nur darin bestehen mögen, der eigenen Bevölkerung einen wie auch immer gearteten Kompromiss im Atomstreit zu verkaufen.

Die Parallelen erstrecken sich weit über die aktuellen Schlagzeilen hinaus. Beide Länder haben Präsidenten, denen Reformwilligkeit nachgesagt wird. Gegenüber beiden Präsidenten bestehen aber Zweifel, wie reformbereit und durchsetzungsfähig sie tatsächlich sind.

Obama wird zwar von den Republikanern gerne als „Sozialist“ beschimpft, gilt aber gerade in der eigenen Partei eher als ein Mann, der die etablierten Eliten stützt. Der iranische Präsident Ruhani ist als konservativer Geistlicher, Ex-Atomunterhändler und langjähriger Vertrauter von Ajatollah Khamenei entgegen der weitläufigen Wahrnehmung im Westen alles andere als ein „Softie“. Jenseits aller Wahlkampf- und Wandelrhetorik sind Obama und Ruhani also jeweils fest im jeweiligen politischen Establishment verankert. Doch trotz ihres Konformismus stoßen beide Männer bei der Umsetzung ihrer bescheidenen Reformen auf heftigen innenpolitischen Widerstand. Im Falle des Iran geht es um die Menschenrechte im Allgemeinen. In den USA ist das Hauptstreitthema in diesen Jahren die Gesundheitsversorgung. Obama beißt mit praktisch jedem Vorhaben im Kongress auf Granit. Seine republikanischen Widersacher bewegen sich kaum einen Millimeter in seine Richtung, verlangen von ihm aber in jeder Verhandlung substanzielle Zugeständnisse.

Hassan Ruhani hat im Iran nicht viel mehr Glück.



US-Präsident Obama telefoniert mit Irans Präsidenten Ruhani

So wie im Iran die Konservativen bei der Jugend nicht mehr ankommen, besiegeln die US-Republikaner ihr Schicksal, wenn sie die hispanische Wählergruppe weiterhin ignorieren

Sein Parlament wird noch deutlicher von den Konservativen dominiert als der US-Kongress. Die Konservativen machen ihm bei jeder Ernennung neuer Kabinettsmitglieder das Leben schwer. Auch davon kann Obama ein Lied singen. Wie der Oberste Gerichtshof der USA ist auch die iranische Justiz eine Bastion der Konservativen, wobei der richterliche Aktivismus in Amerika nicht so weit geht, soziale Medien wie Facebook und Twitter für illegal zu erklären. Im Iran reichten Justiz und Konservative ihre Haltung häufig damit, das Land befinde sich in einer Art Ausnahmezustand, im permanenten Kampf gegen den Westen.

Übertragen auf den Krieg gegen den Terror, sieht die Situation in den Vereinigten Staaten ähnlich aus. Für westliche Verhältnisse haben Behörden wie die NSA den Bogen überspannt. Auch sie verweisen zur Rechtfertigung auf vage Bedrohungen von außen. Solche Parallelen kommen nicht von ungefähr. Bei näherer Betrachtung der jüngeren Geschichte beider Länder fällt auf, dass ihre jüngeren revolutionären Ereignisse nicht nur zeitlich eng miteinander verbunden sind.

Im Iran kamen die Geistlichen 1979 mit Ajatollah Khomeini an die Macht. Der große Moment der US-Republikaner kam wenig später, als Ronald Reagan 1980 zum Präsidenten gewählt wurde. Ausgerechnet die iranischen Mullahs lieferten der Reagan-Regierung einen frühen Triumph: Sie verweigerten den US-Geiseln die Ausreise, bis Jimmy Carter das Weiße Haus verlassen hatte und Reagan frisch im Amt war. Rund drei Jahrzehnte später sind die Hardliner in den USA und im Iran noch starrsinniger geworden – aus purer politischer Existenzangst. Denn zu Recht sorgen sie sich, dass ihre jeweilige Botschaft bei der breiten Masse nicht mehr ankommt. Zunehmend erreichen sie nur noch die wahren „Gläubigen“, ob die Tea-Party-Anhänger in den USA oder religiöse Konservative im Iran.

Die iranischen Konservativen haben versucht, durch populistische Wirtschaftspolitik eine Schwächung ihrer Position abzuwenden. Doch haben alle Bemühungen, die Preise niedrig zu halten, nur zu ausufernder Inflation von derzeit über 40 Prozent und hoher Arbeitslosigkeit geführt. Inflation ist für die USA kein Problem, aber die Arbeitslosigkeit ist ebenfalls hoch. Beide Länder investieren überproportional im militärischen Bereich, sei es das Atomprogramm im Iran oder der gigantische Verteidigungshaushalt der USA. Angesichts des drohenden Machtverlusts machen republikanische Politgrößen wie Senatsminderheitsführer Mitch McConnell keinen Hehl aus ihrer Absicht, dem amtierenden Präsidenten jeden möglichen Stein in den Weg zu legen. In beiden Ländern leidet das jeweilige konservative Lager unter der demografischen Entwicklung. Jeder dritte Iraner ist jünger als 30 Jahre. Für einen Großteil von ihnen hat die Religion ihre Wirkung als Opium fürs Volk verloren.

Im Falle der USA ist es der wachsende Anteil von Zuwanderern, der die Wählerschaft nachhaltig verändert. So wie im Iran die Konservativen bei der Jugend nicht mehr ankommen, besiegeln die US-Republikaner ihr eigenes Schicksal, wenn sie die wichtige hispanische Wählergruppe weiterhin ignorieren.

Innenpolitisch stehen Obama und Ruhani also vor ähnlichen, großen Schwierigkeiten. Wenn sie die Wiederannäherung beider Länder erfolgreich auf den Weg bringen wollen, müssen sie die konservativen Kräfte bändigen und überlebte Feindbilder entlarven. Die Chancen dafür sehen allerdings eher düster aus. Verhandlungserfolge im Atomstreit würden für beide ein Symbol ihrer persönlichen Durchsetzungskraft bedeuten. Die innenpolitischen Parallelen zwischen dem Iran und den USA bieten paradoxerweise eine Chance dafür.

Stephan Richter ist Publizist und Chefredakteur des Washingtoner Online-Magazins „The Globalist“.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 f)
Herausgeber Thomas Schmid

Chefredakteure Redaktionsgemeinschaft Die Welt/Welt am Sonntag, Berliner Morgenpost, Hamburger Abendblatt: Jan-Eric Peters (Vorsitzender), Carsten Erdmann, Lars Haider

Chefredaktion:

Chefredakteur: Jan-Eric Peters

Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Ulf Poschardt; Beat Balzli, Thomas Exner, Oliver Michalsky, Frank Schmiechen, Andrea Seibel, Cornelius Tittel
Geschäftsführender Redakteur: Dr. Marius Schneider
Chefredakteur Investigativteam: Jörg Elgendorf

Chefkommentator: Torsten Krauel

Artredaktion: Juliane Sommerer

Politik: Jochen Gaegele, Marcus Heithecker, Stv. Claus Christian Malzahn Außenpolitik: Clemens Wergin, Stv. Dietrich Alexander Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich Wirtschaft/Finanzen/Immobilien: Thomas Exner, Olaf Gersemann,

Stv. Jan Dams, Michael Fabricius Kultur/Stil: Cornelius Tittel, Andreas Rosenfelder, Stv. Annemarie Ballschmiter, Inga Griese (Senior Editor), Elmar Krekler Literarische Welt: Richard Kämmerlings (verantwortlicher Redakteur) Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Volker Zeitler Reportagen/Vermischtes: Wolfgang Scheida, Stv. Heike Vowinkel Wissen: Dr. Norbert Lossau, Stv. Dr. Pia

Heinemann Reise/Motor: Sönke Krüger, Stv. Kira Hanser, Chefredakteur: Stefan Anker Boot: Reinhold Schnupp

Autoren: Henryk M. Broder, Wolfgang Büscher, Elke Heidenreich, Cora Stephan, Benjamin von Stuckrad-Barre, Leon de Winter, Hans Zippert
Chefredakteur Wirtschaftspolitik: Dr. Doro-

thea Siems Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger, Alan Posener Korrespondent Kultur/Gesellschaft: Eckhard Fuhr Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Florian Eder Istanbul: Boris Kalnoky

Jerusalem: Michael Borgstede Kapstadt: Christian Putsch London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger Madrid: Ute Müller Moskau: Julia Smirnova New York: Tina Kaiser Paris: Dr. Sascha Lehnartz Peking: Johnny Erling Prag: Hans-Jörg Schmidt Rom: Tobias Bayer Singapur: Sophie Mühlmann Warschau: Dr. Gerhard Gnauk Washington: Ansgar Graw, Uwe Schmitt Wien: Elisabeth Henckel